

der Spitze aller Reichsverwaltungen und verdingt etwa ein Drittel sämtlicher jährlichen Ausgaben des Reichs. Militarismus in Zukunft! Im Vergleich mit dem um die Hälfte stärkeren englischen Berufsheer ist der Geldverbrauch für die deutsche Reichswehr erschreckend hoch. Die englische Armee mit ihren 150.000 Mann braucht für die Bewaffnung und Ausrüstung rund 104 Millionen Mark, die deutsche nach dem Etat 1927 jedoch für den gleichen Zweck 198 Millionen. Dabei ist das englische Heer ganz anders ausgerüstet, da es ja die Schranken des Versailler Vertrags nicht kennt.

Nach alledem darf der in dem bisherigen Gange der Aktion ausgebrütete Standpunkt nicht aufgegeben werden! Besonders dann nicht, wenn die Partei Einfluss in der Regierung behält oder erlangt. Sie darf sich nicht selbst sabotieren!

Die Forderung auf Abschaffung der Wehrausgaben hat eine grundsätzliche und eine sozialfinanzielle Seite. Die grundsätzliche liegt in der Verpflichtung, möglichst schnelle und weitgehende Abrüstung zu erstreben. Dabei kommt es aber nicht auf die absolute Stärke an, die das aber jedes Wehrsystems aufweist. Die Bedeutung der Zahl der Menschen ist durch die ununterbrochene Entwicklung der Technik des Krieges wesentlich vermindert. Die Pflicht zum energischen Betreiben der Abrüstung ist für die sozialistischen Parteien aller Länder der Zweiten Internationale auferlegt durch die Brüsseler Resolution. Die sagt unter:

„Das Ziel der G.V. ist die vollständige Abrüstung zu Land, zu Wasser und in der Luft, ohne Unterschied zwischen Siegern und Besiegten.“

Die G.V. betont die Notwendigkeit, die Aktion für die Abrüstung zu beschleunigen.

Inhaltsinhalt des Kampfes um internationale Abrüstungsabkommen werden die sozialistischen Arbeiterparteien darum kämpfen, daß jeder Staat aus eigenem Willen seine Abrüstungen vorher schon einstellt oder einschränkt.

Die Erfüllung dieser einstimmig beschlossenen Verpflichtung erfordert entsprechende energische Aktionen im Parlament und außerhalb. Die bisherigen sozialdemokratischen Abtrichtungen waren in der Hauptsache mit Sparmaßnahmen und mit dem Hinweis auf die unverantwortliche, leichtfertige Ausgabenwirtschaft des Reichswehrministeriums begründet. Rhodus- und Lehmann-Standart sind noch in feischer Erinnerung. Die Verschleierung der Anlagen zur Ansammlung illegitimer unkontrollierbarer Fonds tief nach Bekanntheit großer Entwürfe in weiten Kreisen des deutschen Volkes hervor. Neuerdings hat die Zeitschrift des Reichswehrministeriums „Der Soldat“ die Wehrausgaben im Reichswehrministerium gedruckt. Es ist von feiner Regierung und von keinem Parlament erwidert worden, über 33 Millionen Mark „einmalige Beihilfen“ an Waffenfabriken hinzugehen. Wo kam das Geld dazu und zur Finanzierung Schwärzer Reichswehr, „Arbeitskommandos“, „Grenzschutz“ und dergleichen her?

Der „Montag-Morgen“ vom 23. April 1928 hat den Schleier dieses Geheimnisses etwas lüften helfen. Demnach bestand unter wechselläufiger Leitung zwischen Reichswehrministerium und Waffenfabrikanten eine Vereinbarung, nach der die Rechnungen um 40 bis 50 Prozent höher ausgestellt waren als der wirkliche Betrag. Der überhöhte Betrag mußte an eine bestimmte Stelle für „Schwarze Steuern“ im Ministerium abgeliefert werden. Damit erklärten sich auch die hohen Preise für Waffen und Munition, die mehrfach Gegenstand kritischer Erörterungen waren. Die Ausgaben des „Montag-Morgen“ sind von der dergleichen Partei unterschlagen, wo maßgebender Stelle unseres Reichs nicht widerlegt werden. Die über alle Rahmen hinausgehende Verwallung von Reichswehr und Marine ist notorisch und oft gekennzeichnet.

Ritz den freizuerwerbenden Millionen könnten dringliche soziale Aufgaben erfüllt werden. Für die Massen der armen Reichsrentner und Kriegsveteranen wäre das Geld gut angewendet. Im Etat auf 1927 waren die Ausgaben für soziale Zwecke um 45 Prozent, die für Heer und Marine nur um 1 Prozent gesunken. Die Gewinne der Industrie im Reichstage unüberprüfbar feststellen. So drängen auch vom sozialen und vom finanziellen Standpunkt aus die Beschneidung nach einem starken Abbau der Wehrausgaben!

Die Kriegsmarine hat nach Lage der Sache in Deutschland, ganz abgesehen von grundsätzlicher Gegnerlichkeit, überhaupt keine Existenzberechtigung. Sie ist auch bei nächster Prüfung und Ueberprüfung in der Tat nichts weiter als eine sehr teure Spielerei. Diese Ansicht vertritt der Vorwärts in einem Artikel vom 15. Oktober 1928 mit folgender Bemerkung:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zeigt durch ihr gegenwärtiges Verhalten, daß sie in der Gemeinschaftsarbeit mit den anderen Parteien ihr eigenes Wesen aufzugeben nicht gewillt ist, daß sie nicht gewillt ist, eine Marinepolitik zu unterstützen, die nach ihrer Ueberzeugung unnütz, kostspielig und bedenklich ist, daß sie nicht gewillt ist, auf jeden Einfluß an Interesse der Arbeiterschaft zu verzichten, um sich eine glänzende Zierpfeife als Repräsentationsmittel zu erhalten.“

Die Gründe, die von den Anhängern einer Kriegsschiffe angeführt werden: Schutz der Küsten, des Ueberseehandels und der Handelsflotte, sind von jederseits längst und oft widerlegt. Im Kriegsschiffe ist der Schutz von Geschäften ohne Unterbrechung und -Jünglinge — beides darf Deutschland nicht haben — unmöglich. Groener selbst gibt zu, daß die deutsche Kriegsschiffe für große Seefahrtsfahrten in Frage kommt. Nicht der Küstenschutz, Deutschland ist Binnenland, hat kurze Meeresküsten nur an Nord- und Ostsee. In der Nordsee können große Schiffe wegen der starken Brandung und in der Ostsee wegen der weit in das Wasser reichenden Sanden hier nicht nahe genug heran, um gegen Land in Aktion zu treten. Der Zweck dieser Küsten ist also nur vom Land aus möglich. Was bleibt also übrig? Die jahrelangen Seefahrtsfahrten deutscher Kriegsschiffe auf den großen Ozeanen. Zeigen, daß man noch da ist. Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat aber keine Lust, Millionen über Millionen für denartige Wehrpolitik hinauszuwerfen in einer Zeit, da Hunderttausende arbeitslos unter der Last leiden! — Coer denkt man schon wieder an zukünftige Kolonialpolitik nach dem Schema der Kaiserzeit? Die bürgerlichen Kleinrentnerfraktion tragen sich bestimmt ernstlich mit solchen Gedanken, wenn sie auch noch nicht laut ausgesprochen werden. Die sozialdemokratische Partei jedoch muß dann erst recht auf Abschaffung der Marine hinarbeiten, deren in Waffen vorhandene Offiziere sich heute als ein Eck der früheren monarchistischen Gattung zu fühlen scheinen. Im Kriegsschiffe könnten die Marineoffiziere allenfalls in der Reichswehr oder als Polizei Verwendung finden. Dazu sind sie aber nicht da. — Wir müssen es als einen Mangel bezeichnen, daß die Redaktionen der „Kommission“ kein Wort nach dieser Richtung hin sagen.

In den Richtlinien wird gefordert: „Kontrolle des Reichstags über alle Verträge der Reichsregierung.“ Warum nur über Verträge? Die Weigerung ist viel zu eng. Nach den bisherigen Erfahrungen ist besonders dem Reichswehrministerium gegenüber eine möglichst weitreichende parlamentarische Kontrolle dringend erforderlich. Sie ist besonders nötig nach der politischen Seite. Es gibt doch zu denken, wenn Herr Groener gegenüber der Ansicht, daß er mit einem „stillen“ Staatsrat arbeiten solle, die Kabinettsfrage stellt. Diese Güte, die man uns angedeihen ließ, republikanisch absolut unzulässig sein müßte, könnte nur nur sein, wenn er es und zu gegebener gute Absichten wirklich ernstlich in die Tat umsetzen wollte. Aber fonderbar: seit Herr Groener so auftrumpfte, ist es mährchenhaft von wegen des Staatsretros geworden! Dieser Vorgang ist implebitarisch für das neue demokratisch-republikanische Deutschland, das noch immer dem Militarismus an der Nase herumgeführt wird. Eine Regierung, die sich ihm gegenüber Respekt verschaffen will, muß bereit sein dem Parlament scharf und rüchrichtig zu sprechen. Ein Reichstagsauschuß mit Befugnissen, die auch in der parlamentarischen Verfassung reichlich ist zu fordern. Es kann von neuem nicht vergessen sein, was sich zugetragen hat: bei Anfang mit „Grenzschutz“, Arbeitskommandos, Schwärzer Reichswehr, Wehrverbänden usw. Es wurde alles so lange verschwiegen, wie es nur sein konnte. Die Anklagen wurden zu Verflügeln. Die Quader von Vandalenverbrechen unter der Ära des

Die Machtkämpfe in Afghanistan

8. London, 16. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Die aus den Meldungen von der Nordwest- und Ostafghanistan hervorgeht, haben die Erwartungen auf einen Waffenstillstand nicht erfüllt. Die Truppen des Rebellenführers Bachai Sado sind nunmehr in den Städten Ghafestan zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen kam. Eine Entscheidung soll bisher noch nicht gefallen sein. Man rechnet jedoch in London mit der Möglichkeit, daß auch König Inayatullah zum Rücktritt gezwungen werden wird und Bachai Sado, der bereits jetzt unbestrittener Herr des Landes ist, sich selbst als König einsetzen wird. Man glaubt in London, daß Amanullah in diesem Falle seine Abdankung rückgängig machen und, gestützt auf die Durani und auf die Stämme des Südens und des Westens, versuchen wird, seinen Thron zurückzuerobern.



Inayatullah, ein älterer Bruder Amanullahs, wurde zum König von Afghanistan proklamiert. Der neue Herrscher des afghanischen Gebirgslandes ist 1888 geboren und Vater von 18 Kindern.

„Demokraten“ Gesichts sagen genug. Erst als einer der Ausschüsse selbst in dem Landeberger Prozesse ausbrachen ließ, hatte das Leugnen ein Ende. — Nun sagt man: das war einmal. Wahrscheinlich ist vieles davon noch. Man ist vorzüglicher „legaler“ geworden. Daß der Aufständische sich von jetzt an nebenbei mit Jugendberauschung beschäftigen will, ist gewiß nicht von ungefähr. Jedenfalls zur Sorglosigkeit und Gemütslichkeit ist die Lage nicht angeht. Die Forderungen der Nichtkämpfer gehen in dieser Hinsicht in weitem Bogen um das Problem.

In Artikel 46 der Wehrverfassung wird bestimmt: „Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz“ — also durch den Reichstag. Das genügt jedoch für die maßgebende Entscheidung des Parlaments über Krieg und Frieden nicht. Man muß verlangen, daß schon die Anordnung der Mobilisierung von der Zustimmung des Reichstags abhängig ist. Denn gerade der Weltkrieg hat gezeigt, daß nicht die Kriegserklärung, sondern das Faktum der Mobilisierung den Stein ins Rollen bringt. Die Kriegserklärung selbst aber nur mehr nach der Bedeutung der formellen Festsetzung dafür ist, daß der Krieg bereits begonnen hat. Dieser Fall hat im Weltkrieg beinahe ausschließlich zwischen England und Deutschland eine große Rolle gespielt. Mit der Mobilisierung kann eine einigermaßen geordnete und zielgerichtete Heranzuleitung Parlament und Regierung vor vollendete Tatsachen stellen. Eine mehr friedliebende und verantwortungsbewußte Heranzuleitung wird gern schon bei der Mobilisierung sich in die Verantwortung mit den gegebenen Umständen teilen. Nach Herr Groeners Gesichtspunkt wird solche Heranzuleitung freilich nicht sein.

Kommentar zu den Forderungen: Keinerlei Mobilisierung ohne Parlamentsbeschluss, Kontrolle der Reichswehr, Abschaffung des Kriegsschiffes. — „Vorschläge“ in Nr. 1 des „Kriegsblatts“ veröffentlicht.

Die „Reichsteuer“ Eugenberg-Weisheit

Die Münchener Abendzeitung, ein Blatt des Eugenberg-Kongress, veröffentlicht eine von der Eugenberg-Zentrale für die Provinz bestimmte Denkschrift des Silberdingischen Vermögensprogramms. Darin heißt es über die Vermögenssteuer:

„Sie ist die typische Reichsteuer, und um sie werden die Linksparteien gegen die geeinte bürgerliche Front zu kämpfen haben. Es ist dies keineswegs Steuerfurchen, die sich zur Wehr setzen, sondern hier wehrt man sich, da die fatale Gewissheit herrscht, daß die Steuererträge den Faulen und Trägern zugute kommen. Wie soll sich der deutsche Kapitalmarkt zu der benötigten Stärke entwickeln, wie soll sich das Barkapital bilden, wenn der Steuerfiskus hinterher ist? Inwiefern Vermögenssteuer ist hoch genug, und was in Form von Grundvermögensteuern daran hängt, bedeutet schon eine Heberpannung der Vermögensbefreiung.“

Die großen Vermögen entstehen durch Fleiß — das Proletariat und die Arbeitslosigkeit kommen von der Faulheit her, der Reicht der Besitzlosen und das Verlangen, daß die vermögenden Leute Steuern zahlen sollen — aus Reicht. Der Reicht hat, soll auch Steuern zahlen und die reichen Leute in Frieden lassen. Das ist das Eugenbergische Steuerbekenntnis.

Damit diese Erkenntnis dem deutschen Volke nicht wieder verlorengeht, hat Herr Eugenberg kürzlich einen „Schutzbund“ für die geistigen Güter Deutschlands gegründet.

Anschlag auf den Arbeiterschutz!

Wie der Vorwärts erfährt, hat der Ausschuss des Reichsrats bei seiner neuerlichen Stellungnahme zum Entwurf des Arbeiterschutzgesetzes einen von der württembergischen Regierung vorgelegten Verhandlungsantrag angenommen, der die Befreiung der Arbeiterschutzbestimmungen unmöglich machen soll. Es wird nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit im künftigen Gesetz für Betriebe bis zu fünf Arbeitern durch Verordnung des Reichsarbeitsministers aufgehoben werden können. Die Arbeitszeit in diesen Betrieben soll abweichend von der Allgemeinregelung festgelegt werden können.

Der Antrag ist eine Verkürzung und Brückierung der gesamten Arbeiterschutz. Er soll die gesetzliche Möglichkeit schaffen, in Betrieben bis zu fünf Arbeitern die Arbeitszeit entweder durch allgemeine Verlängerung oder durch verstärkte Zulassungsmöglichkeit mit den Bestimmungen dieses Abkommens in Widerspruch steht. Will man das etwa planmäßig? Wenn der Reichsrat heute den Antrag annehmen sollte, so muß gegen ihn Sturm geläutert werden!

Deutschnationaler Parteitag

P. Hamburg, 17. Januar. (Fig. Funk.) Die Protestbewegung gegen die Aino-Gruppe in der Hamburger deutschnationalen Organisation zieht immer weitere Kreise. Die deutschnationalen Mitglieder treten zu Hunderten aus der Partei aus. Wie das Hamburger Fremdenblatt erfährt, hat eine einflussreiche Gruppe deutschnationaler Kaufleute in Hamburg bei dem deutschnationalen Landesvorstand in Hamburg interveniert, um dem deutschnationalen Parteitag Inhalt zu tun. Die deutschnationalen Kaufleute fordern, daß der zweite Vorsitzende H. D. Sieveling zurücktreten. Sieveling ist einer der schärfsten Sprecher der Aino-Gruppe. Vorsitzender der Vorwärts-Jugend, er gehört zu den unbedingten Anhängern Eugenbergs. Während des Landtags-Archs war er einer der lautesten Anführer im Streit gegen Lambow.

Herr Eugenberg hat es also mit den deutschnationalen Kaufleuten in Hamburg gründlich verdoeben.

In Großbritannien wurden am 7. Januar 1450000 Arbeitslose registriert. Die Zahl der Arbeitslosen ist danach gegen die Woche von 67.190 zurückgegangen, aber immer noch um 220.591 höher, als in der gleichen Woche des verflochtenen Jahres.

Kleinrentnerfürsorge für — Kapitalisten

Die deutschnationalen Demagogie

D. Berlin, 16. Januar. (Fig. Ber.) Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags sollte am Mittwoch bei der Weiterberatung der Anträge zur Kleinrentnerfürsorge ein Vertreter des Finanzministeriums mit, daß der deutschnationalen Antrag für die folgenden zehn Jahre etwa 175 bis 200 Millionen Mark Wehrausgaben jährlich verursachen würde. Angesichts der Finanz- und Ressourcenlage des Reichs möchte also eine besondere Bedingung geschaffen werden. Schwärzer (Vagr. Sp.) kennzeichnete den deutschnationalen Antrag als

rein kapitalistisch, da die wirklich arbeitenden Meinerntner unberücksichtigt blieben

Für das Reichskabinett gab Ministerialdirektor Brieser folgende Erklärung ab: „Die Reichsregierung wird sich dafür einsetzen, daß die Vorschläge und die Reichsgrundzüge für Kleinrentnerfürsorge überall so durchgeführt werden, wie es das soziale Bedürfnis der von der Bundesregierung betroffenen Personen verlangt. Für die Verteilung des Reiches an der Kleinrentnerfürsorge wird die Reichsregierung den Beitrag von 35 Millionen Mark in den Entwurf des Haushaltsplans 1929 einstellen; diese Beihilfe hat in der Hauptsache den Zweck, den fürsorgereichen die Anwendung der Grundzüge zu erleichtern. Die Reichsregierung wird ferner erwägen, ob der Einbau neuer Sicherungen in die Vorschläge und die Reichsgrundzüge zugunsten der Klein- und der Sozialrentner erforderlich und möglich ist.“

Die Entscheidung über eine reichsgesetzliche Regelung, die einen allgemeinen Rechtsanspruch begründet, ist der Reichsregierung so lange nicht möglich, als die Haushaltsverhandlungen und die Beratungen über die Deckungsanlagen der Reichsregierung nicht abschließend sind und die gegenwärtige schlechte finanzielle Lage anhält. Auch die früheren Regierungen haben bei besserer und klarerer Finanzlage nicht geglaubt, ein dahingehendes Gesetz vorlegen zu können. Die Reichsregierung wird allerdings einen Rechtsanspruch, der sich lediglich auf früheren Kapitalvermögen gründet, schon aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit nicht anerkennen können.“

Frau Leusch (Zentr.) begründete einen Abänderungsantrag, der den Kreis der Begünstigten erweitert, während die Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einen früheren Kapitalvermögen von mindestens 10000 Mark als Voraussetzung für die Einziehung der Kleinrentnerfürsorge festsetzen. — Nachdem der (Zentr.) wandte sich gegen die soziale Erweiterung der deutschnationalen Anträge. — Karsten (Wag.) stellte fest, daß alle Anträge der bürgerlichen Parteien lediglich vom Kapitalvermögen im Jahre 1917 ausgeht, ohne Rücksicht auf die Verluste und die Art der Verluste des Vermögens. Er hält die Fassung des § 14 in dem Reichsgrundgesetz für eine geeignete Grundlage. Für den Fall der Annahme des Zentrumstrag beantragt Karsten namens seiner Fraktion Einziehung der Renten aus der Sozialversicherung und aus den Verfallenswerten. — Weiterberatung Donnerstag.



Die amerikanischen Delegierten zur Reparationskonferenz Owen Young und Pierpont Morgan, der Weltbankpräsident.

Die G...
P. Paris...
Die G...
Straßu...
Stut...